

WONNEPROPPEN



Hallo, liebe Leser, wie geht's? Ich, Artur Bilous, erhole mich gerade von meiner Geburt. Die hat nämlich zwei Wochen früher stattgefunden als geplant, worauf ich noch nicht so richtig eingestellt war. Das Licht der Welt erblickte ich, wenn Sie es genau wissen wollen, am **12. Januar um 11.33 Uhr im Klinikum Osnabrück**. Dazu haben meine Eltern Tanja und Dimitri eine ziemlich weite Anfahrt in Kauf genommen, denn wir wohnen in Stemweide. Aufgrund der Entfernung konnten meine Brüder Eric (13) und Luen (5) mich nicht gleich besuchen kommen, aber sie warten zu Hause schon auf mich. Ich bin gespannt, was sie zu mir sagen! Eric ist ja alter Hase, was den Empfang von kleinen Brüdern betrifft, aber für Luen ist das noch Neuland. Zum Schluss noch meine Maße: Ich bin **51 Zentimeter groß** und wiege **3150 Gramm**. Foto: Danica Pieper

Ihr Wonnepropfen ist noch nicht veröffentlicht worden? Ein Meldeformular und alle bisher veröffentlichten Wonnepropfen gibt es unter www.noz.de/wonnepropfen

- ANZEIGE -
84 x in Deutschland www.babyone.de
BABYONE
Die großen Babyfachmärkte
49082 Osnabrück • Iburger Str. 225
Tel. 0541/5690799 [Im Nahne Center](http://www.noz.de/wonnepropfen)

Rotary-Reihe: Berufe bei der Polizei

OSNABRÜCK. Über Berufe bei der Polizei oder der Bundeswehr informieren am Montag, 23. Januar, ab 17 Uhr Dr. Matthias Glasmeyer, Akademie Überlingen, Stefanie Fangmann von der Bundeswehr, Sascha Becker von der Polizei und Carsten Bente von der Bundespolizei Osnabrück in der Akademie Klinikum Osnabrück, Mösterstraße 7, Eingang Öwer de Hase.

Es ist die Auftaktveranstaltung der Reihe „Berufsinformation“ des Rotary Clubs Osnabrück.

BLITZER

Der Landkreis Osnabrück plant heute Geschwindigkeitskontrollen in der Gemeinde **Belm**, morgen in **Bramsche**.

OSNABRÜCKER ZEITUNG

Ihre Redaktion
Sekretariat 05 41/310-631
310-632, 310-688
Fax 310-640
E-Mail: osnabruecker-land@noz.de

Anzeigen 05 41/310-310
Fax 310-790
E-Mail: anzeigen@noz.de

Abo-Service 05 41/310-320

Flüchtlinge kurbeln Konjunktur an

66 Prozent mehr Stellen in der öffentlichen Verwaltung – Migrationszentrum in der Stadt

Die Flüchtlinge kurbeln die Konjunktur in der Region Osnabrück an. Es gab im vergangenen Jahr 66 Prozent mehr Stellen in der öffentlichen Verwaltung. Das geht aus der Statistik der Arbeitsagentur Osnabrück hervor.

Von Jean-Charles Fays

OSNABRÜCK. 330 gemeldete Arbeitsstellen bei der Verwaltung der Agentur für Arbeit, den Jobcentern von Stadt und Landkreis, bei der Polizei in der Region und bei den kommunalen Verwaltungen in Stadt und Landkreis stehen 549 gemeldeten Verwaltungsstellen im Jahr 2016 gegenüber. In keinem Wirtschaftsbereich ist die Zahl der gemeldeten Stellen stärker angestiegen. Maßgeblich dafür verantwortlich ist das zusätzliche Arbeitsaufkommen in den Verwaltungen durch die gestiegene Zahl der Flüchtlinge.

Der Geschäftsführer des Jobcenters der Stadt Osnabrück, Michael Klesse, machte deutlich, dass ein Großteil der Schutzsuchenden, die im vergangenen Jahr in der Region angekommen sind, erst in diesem Jahr als Flüchtlinge anerkannt wird. Somit rechnet er 2017 mit rund 3200 Flüchtlingen als Leistungsbeziehern in der Stadt Osnabrück und damit mehr als doppelt so vielen wie im Vorjahr. Die Flüchtlinge würden daher ein Schwerpunkt der Arbeit in diesem Jahr.

Klesse kündigte an, dass in Osnabrück in diesem Jahr ein Migrationszentrum eröffnet werde. Es werde sich von dem bestehenden Migrationszentrum des Landkreises dadurch unterscheiden, dass es hier nur um Arbeitsvermittlung für Flüchtlinge in der Stadt Osnabrück gehe.



66 Prozent mehr Stellen in der öffentlichen Verwaltung gab es wegen des zusätzlichen Arbeitsaufkommens durch die gestiegene Zahl der Schutzsuchenden. Das Bild zeigt Sozialpädagogen in einem Bürgeramt mit einer Flüchtlingsfamilie. Foto: DPA

Andere Aufgaben wie etwa die Wohnungsvermittlung werde weiterhin die Stadt übernehmen. Klesse beklagte, dass etwa im wachsenden Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens händerringende Pflegekräfte gesucht würden. „Das Problem ist bei den Flüchtlingen jedoch oft die Sprache“, betonte Klesse. Integrations- und Sprachkurse hätten höchste Priorität.

Die Chefin der Arbeitsagentur Osnabrück, Christiane Fern, machte deutlich, dass der Arbeitsmarkt sich 2016 in einer eindrucksvollen Verfassung gezeigt habe. Die Zahl der sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigten sei um 1,4 Prozent auf 209 883 bis Juni 2016 angestiegen. „Somit bleibt die Nachfrage nach Arbeitskräften auf einem hohen Niveau“, konstatierte Fern. Die Arbeitslosenquote in der Region liege unverändert bei fünf Prozent und damit ein Prozent unter dem Landesschnitt. Sie erklärte, dass viele neue Stellen in Bereichen entstanden seien, in denen vorzugsweise Frauen zum Zuge kämen. Dazu zählte sie den Einzelhandel, das Gesundheitswesen und die Erziehung. Weniger Stellen gebe es hingegen im Finanz- und Versicherungsgewerbe. Mehr als ein Drittel der Arbeitslosen seien Langzeitarbeitslose, ein knappes Drittel seien Ausländer. Ein Erklärungsansatz, dass es trotz der guten Lage am Arbeitsmarkt nicht gelungen sei, die Arbeitslosenquote zu senken, könne die Deckung eines größeren Bedarfs durch die Zuwanderung sein. „Das sind aber natürlich Sachen, die bei uns nicht erfasst werden“, sagte Fern.

Die Geschäftsführerin des Jobcenters „Maßarbeit“ des Landkreises Osnabrück, Sa-

bine Ostendorf, berichtete, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Landkreis zurückgehe. Während es im September 2015 noch rund 6300 Langzeitleistungsbeziehern gab, waren es im September 2016 knapp 250 weniger.

Mehr Langzeitarbeitslose

In der Stadt Osnabrück gibt es hingegen einen leichten Anstieg bei den Langzeitarbeitslosen. „Wir verzeichnen in diesem Bereich einen starken Zuwachs an Menschen aus Bulgarien. Die Situation bei uns ist da völlig anders als im Landkreis“, begründete Klesse die unterschiedliche Entwicklung in Stadt und Landkreis. Zudem wies Klesse darauf hin, dass im Frühjahr rund 100 Mitarbeiter aus der Leistungsabteilung, die bislang im Stadthaus angesiedelt war, zur Agentur für Arbeit an den Johannistorwall um-

ziehen werden. „Das ist der nächste Schritt zum Haus der Arbeit“, berichtete Klesse stolz.

Fern prognostizierte für dieses Jahr einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote auf sechs Prozent und begründete das „mit dem Zuwachs an Arbeitslosen allein schon durch die Flüchtlinge“. Insgesamt sind in diesem Jahr eine Qualifizierungs-offensive für Arbeitslose und Beschäftigte sowie eine Stärkung der dualen Ausbildung geplant. Zudem sollen geringqualifizierte und ältere Beschäftigte in Unternehmen weitergebildet werden und Erwachsene im Alter von 25 bis 35 Jahren im Projekt „Zukunftstarter“ eine Erstausbildung bekommen.

Ein Themen-Spezial zur regionalen Wirtschaft finden Sie unter www.noz.de/wirtschaftsel

Plädoyer für mehr Gelassenheit im Alltag

NOZ-Wissensimpulse mit Fernseh-Coach Sabine Asgodom

Von Antonia Wahmhoff

OSNABRÜCK. Wie klappt es, auch in stürmischen Zeiten einen kühlen Kopf zu bewahren? Zum Auftakt der NOZ-Vortragsreihe Wissensimpulse stellt Autorin und Fernseh-Coach Sabine Asgodom in einem kurzweiligen Vortrag „Die zwölf Schlüssel zur Gelassenheit“ vor.

Achtsamkeit, Dankbarkeit, Humor, Mut, Vertrauen – Sabine Asgodoms Schritte zu mehr Gelassenheit sind vielfältig – und handfest. Bei ihrem Vortrag im ausverkauften NOZ-Medienzentrum wurde schnell deutlich, dass Gelassenheit bei der Münchnerin nichts mit meditativen Oms zu tun hat. „Man darf auch mal sagen, was Sache ist“, macht sie klar. Trotz Tiefenentspannung bringt die Journalistin und Autorin die Dinge mit viel Energie und Humor auf den Punkt. Die Brücke zu ihren Zuhörern schlägt sie durch zahlreiche Anekdoten aus dem eigenen Alltag. „Was raubt euch die Gelassenheit“, fragt sie das Publikum. Langsamsprecher, Drängler, Waschmaschinen, die sie nach dem Ausschleudern noch nicht öffnen lassen – „so etwas kann mich an den Rand des Wahnsinns treiben. Kennt ihr das?“ Zustimmunges Gelächter geht durch die Reihen. „Doch es sind nicht die anderen. Wir sind“! Gelassenheit sei eine Lebenseinstellung und eine klare



Energie und Lebensfreude auch im hektischen Alltag nicht verlieren: Autorin und Fernseh-Coach Sabine Asgodoms Zauberspruch ist Gelassenheit. Foto: David Ebener

Entscheidung, das Leben positiv anzugehen.

Mit ihrem Wissensimpuls regt Asgodom das Empfinden der Zuhörer an, und führt ihnen vor Augen, was sie tief im Innern wissen, aber viel zu häufig vergessen. „Schluss mit dem Gejammer!“, ist ihre Devise. Wer sich ständig beschwert, über das Wetter, über den Ehemann, tue damit weder sich selbst noch den anderen oder der Partnerschaft gut.

Besonders bei dem Punkt Achtsamkeit holt die Autorin weit aus. Sich selbst achten, Fehler eingestehen und verzeihen können hilft, gelassener zu werden, auch in schwierigen Situationen. Ist Sabine Asgodom im eigenen Alltag eigentlich auch stets

gelassen? „Ja, zu 90 Prozent“, sagt sie mit einem Lächeln. In Situationen, die es einfach nicht anders zulassen, könne sie sich auch mal aufregen, aber auch das gehöre zur Gelassenheit dazu.

Wenn auch Sie sich mit den „Wissensimpulsen“ der NOZ Medien einen Wissensvorsprung verschaffen wollen, erhalten Sie Tickets für einen der sieben weiteren Vorträge in den Geschäftsstellen der Neuen Osnabrücker Zeitung und ihrer Lokal- ausgaben oder über die Veranstaltungsagentur Sprecherhaus: info@sprecherhaus.de. Kunden- telefon: 025 61/69 56 51 70. Karten kosten 49 Euro je Veranstaltung, NOZ-Abonnementen zahlen 35 Euro.

Familie des Angeklagten im Todesfall Mensen schweigt

Dritter Verhandlungstag am Landgericht Osnabrück

BAD ROTHENFELDE/OSNABRÜCK. Im Prozess um den Tod von Hannerle Mensen aus Bad Rothenfelde wurden am Freitag vor dem Landgericht Osnabrück weitere Zeugen vernommen. Unter ihnen drei Angehörige des beschuldigten 60-jährigen Mannes, der verdächtigt wird, am 5. Februar 2016 die 79-Jährige aus Habgier ermordet zu haben.

Der dritte Verhandlungstag begann mit der Zeugenvernehmung der 80-jährigen Schwiegermutter des Angeklagten, die auch bei ihm und seiner Frau in Hilter lebt. Die Rentnerin machte jedoch von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch. Ähnlich hielt es auch die 56-jährige Ehefrau, die ebenfalls keine Angaben machen wollte. Und auch der 40-jährige Schwager hatte sich entschieden keine weiteren Erläuterungen abzugeben, war allerdings einverstanden, dass seine vorige polizeiliche Aussage verlesen wurde.

Darin gibt er an, als gesetzlicher Betreuer seiner 80-jährigen Mutter in engem Kontakt mit dem Angeklagten und seiner Frau gestanden zu haben. Er habe von der angespannten finanziellen Situation der Eheleute gewusst und ihnen öfter Geld geliehen, das diese immer zurückgezahlt hätten. Wie es in dem Protokoll weiter heißt, hat der Mann am 5. Februar gegen Mittag mit dem Angeklagten telefoniert. Dabei sei ihm

„kein komisches Verhalten“ des 60-Jährigen aufgefallen. Genau wie auch zwei Tage später, als er erneut mit dem Beschuldigten sprach. „Er schien zu sein wie immer“, heißt es in der polizeilichen Aussage. Zu Hannerle Mensen befragt, gab er an, sie persönlich gekannt zu haben, sie sei „ein halbes Familienmitglied“ gewesen.

Erklärung verlesen

Als weiterer Zeuge sagte ein Richter des Amtsgerichts Bad Iburg aus, der für die eingehende richterliche Befragung des Beschuldigten und seiner Frau verantwortlich war. Darin konfrontierte der Jurist den Mann mit den Aufnahmen der Videokamera aus dem Parkhaus am Kollegienwall in Osnabrück. Bei der Befragung hatte der 60-Jährige abgestritten, dass er auf dem Material zu sehen sei, und auch mit dem Verschwinden von Hannerle Mensen habe er nichts zu tun. „Ich habe wirklich kein Motiv, Frau Mensen etwas zuleide zu tun. Im Gegenteil, in der Zeit vor ihrem Tod habe die 79-Jährige Schwächeanfälle gehabt, und „ich habe sie ins Krankenhaus gefahren“, wird der Beschuldigte in dem richterlichen Protokoll zitiert. Zum Prozessauftakt hatte der Angeklagte eine Erklärung durch seinen Anwalt abgeben lassen, in der er gestand, die Leiche vergraben und das Auto der Toten in besagtem Parkhaus abgestellt zu haben. Er-

mordet habe er die Frau aber nicht, sondern sie tot in ihrer Wohnung vorgefunden.

Zur Vernehmung der Ehefrau gab der Richter an, die 54-Jährige „kannte die finanzielle Lage offenbar nicht“. Sie habe zudem glaubhaft versichert, von den Spielschulden ihres Mannes durch Onlinepoker nichts gewusst zu haben – der 60-Jährige selbst hatte die Summe mit 30 000 bis 40 000 Euro beziffert. Insbesondere von einer Schenkung über 10 000 Euro vonseits Hannerle Mensens an ihren Mann und einem weiteren Betrag in Höhe von 20 000 Euro sei der Ehefrau nichts bekannt gewesen.

Kenntnis hatte sie hingegen davon, dass ihr Mann über die EC-Karte von Hannerle Mensen habe verfügen können. Sie habe ihm diese bei Bedarf überlassen, etwa wenn der Angeklagte den Wagen der Toten auftanken sollte. Wie der Angeklagte zuvor im Prozess erklärt hatte, hatte er mit der Karte noch 1500 Euro bei einer Bank in Hilter abgeboben, als die 79-Jährige bereits tot war. Später habe er sie mit der Leiche zusammen in dem Waldstück bei Dissen vergraben. Gefunden wurde die EC-Karte bei der Bergung des Leichnams nicht.

Der Prozess wird am 2. Februar um 9 Uhr fortgesetzt.

Weitere Berichte aus den Gerichtssälen der Region unter www.noz.de/justiz

Grüne wollen Kreisumlage senken

OSNABRÜCK. Unterstützung findet das Anliegen der Bürgermeister auf Senkung der Kreisumlage bei den Ratsmitgliedern der Grünen aus den Kommunen im Landkreis Osnabrück.

„Dass Städte und Gemeinden durch Übernahme von Landkreis-Aufgaben wie Schule und Kita sich weiter verschulden, während der Kreis seine Schulden abbaue“, könne nicht länger hingenommen werden, heißt es in der Mitteilung der Landkreis-Grünen. Gefordert worden sei anlässlich eines Treffens mit der Kreisratsfraktion eine deutliche Entlastung der Kommunen.

In den Berichten über die Finanzsituation in den einzelnen Kommunen sei deutlich geworden, dass es mancherorts keinerlei Spielräume mehr gebe, mit freiwilligen Leistungen positive Akzente zu setzen. Vielfach sei ein Rückstau bei der Instandhaltung von Gebäuden entstanden. Die Grünen fordern zudem eine deutliche Entlastung der Kommunen bei Kitas und Krippen. Darüber hinaus müsse mit dem Landkreis über die zum Jahresende auslaufende Regelung der Schulsachkosten gesprochen werden.

Gefordert wurde überdies eine Umstrukturierung der kommunalen Finanzierung. Städte und Gemeinden dürften nicht länger genötigt werden, in der Hoffnung auf Steuereinnahmen immer mehr Natur für neue Gewerbegebiete zu opfern. Auch das Land müsse die Kommunen besser ausstatten für Aufgaben wie die Umsetzung der Inklusion oder den sozialen Wohnungsbau.